

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Streiflichter

Die Wiederherstellung der „großen Disziplin“ in der Kirche ist das Ziel des gegenwärtigen Papstes. Diese Linie verfolgt *Johannes Paul II.* mit Hilfe des Leiters der Glaubenskongregation, des deutschen Kardinals Joseph Ratzinger, den „das Gemeinsame in theologischen Fragen“ mit dem Papst eng verbindet. Bezüglich der Restauration in der Kirche sagte der intelligente und gewandte Kardinal voriges Jahr, als er im Sommer in Brixen weilte: „Wenn unter Restauration ein Zurückgehen verstanden sein soll, dann ist keine Restauration möglich: Die Kirche geht nach vorn auf die Erfüllung der Geschichte zu, sie blickt nach vorn auf den Herrn. Aber wenn wir unter Restauration die Suche nach einem neuen Gleichgewicht nach den Übertreibungen einer unterscheidungslosen Öffnung zur Welt und den allzu positiven Deutungen einer glaubenslosen und gottlosen Welt verstehen wollen — ja, eine solche ‚Restauration‘ ist wünschenswert und übrigens schon im Gang.“

Hat Johannes Paul II. im November 1982 die katholische Welt mit der Ankündigung eines außerordentlichen Heiligen Jahres verblüfft, so überraschte er im Jänner dieses Jahres mit der Einberufung einer außerordentlichen Bischofssynode. Diese Versammlung, die vom 25. November bis 8. Dezember stattfinden wird, soll 20 Jahre nach dem Konzil Bilanz ziehen und die Weichen für die nächsten Jahrzehnte stellen. Wiederholt hat Johannes Paul II. zu erkennen gegeben, daß er am II. Vatikanischen Konzil festhalten will. Bereits in seiner ersten Ansprache als Papst sagte er, es sei die erste Pflicht seines Pontifikates, „die sorgfältige Durchführung der Konzilsdekrete und Bestimmungen zu fördern, was Wir in ebenso kluger wie aneifernder Weise tun müssen“. Was aber Johannes Paul II. von der Kirchenarbeit in den 20 Jahren nach dem Konzil hält, hat er in einer Begegnung mit dem belgischen Episkopat in Mecheln am 15. Mai kundgetan. Dort sagte er, die vom Konzil erarbeiteten Grundprinzipien zur geistlichen Erneuerung seien zum Teil „falsch eingepackt, schlecht verstanden und falsch angewendet“ worden.

Die Ergebnisse der Bischofssynode vom Herbst 1983 hat der Papst in dem am 11. Dezember 1984 veröffentlichten Dokument „Versöhnung und Buße in der Kirche heute“ zusammengefaßt. Auf die Frage, ob dieses Schreiben ein revolutionäres Dokument sei, sagte der Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Georg Vass: „Nein, das Dokument ist eine sehr gute und zeitgemäße Verteidigung der Lehre des Trienter Konzils“. Zeitgemäß erschien dem Hochschullehrer vor allem das wiederholte Bestehen auf der zweifachen Dimension jeder Sünde, nämlich der individuellen und der sozialen. Am wenigsten berufen, dieses Schreiben zu kritisieren, war sicherlich die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, die in dem Dokument den jüngsten Beweis für den Rechtsdrall in der Führung der katholischen Kirche sah. Wörtlich hieß es in dem TASS-Kommentar: „Nicht zufällig wird dieses Dokument als neuer Schritt des Vatikans nach rechts betrachtet, als Beweis weiteren Abweichens vom ökumenischen Konzil, der Stärkung konservativer Kräfte in der Kirche, die den liberalen Tendenzen im Katholizismus der 60er und 70er Jahre ein Ende bereiten wollen.“

Bei der Ernennung von 28 neuen Kardinälen am 25. April sind die großen Überraschungen ausgeblieben, da die sogenannten „freien Plätze“ sozusagen ausgeschöpft waren. Überraschend war höchstens der hohe Anteil an Europäern unter den neuen Purpurträgern: 17 der neuen Kardinäle stammen aus dem alten Kontinent und von den je zwei

Afrikanern und Asiaten sind zwei an der römischen Kurie. Auch die Ernennung des österreichischen Kurienbischofs Alfons Stickler kam nicht überraschend. Den aus Neunkirchen stammenden Salesianer berief Papst Paul VI. im Jahre 1971 zum Präfekten der vatikanischen Bibliothek. Im Juli vergangenen Jahres übertrug ihm Johannes Paul II. auch die Leitung des vatikanischen Geheimarchivs.

Daß die vatikanischen Finanzen auf wackeligen Füßen stehen, weiß mittlerweile jeder. Das Budgetdefizit des Heiligen Stuhles belief sich im Jahre 1984 auf rund 58 Milliarden Lire. Für das laufende Jahr rechnen die Experten mit einem Defizit von 63 Milliarden Lire. Dies geht aus einer am 9. März im Vatikan veröffentlichten Pressemitteilung über die Sitzung des „Kardinalrates für die organisatorischen und wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls“ hervor. Von der Vatikanbank verlangte der Kardinalsrat Auskünfte über die „freiwillige“ Zahlung von 241 Millionen US-Dollar an die Gläubiger der zusammengebrochenen Mailänder Privatbank Ambrosiano. Die Vatikanbank will 51 Prozent ihres Anteiles am Banco di Roma per la Svizzera in Lugano verkaufen, um ihre Schulden gegenüber einem internationalen Bankenconsortium abzubauen. Dieses Konsortium hatte ihr ein Darlehen von 250 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um die Gläubiger der zusammengebrochenen Bank Ambrosiano, an der die Vatikanbank maßgeblich beteiligt war, befriedigen zu können.

Mit der Ernennung des erfahrenen Journalisten Joaquin Navarro-Valls zum neuen Vatikansprecher Anfang dieses Jahres hoffen viele auf einen neuen Kurs in der Medienpolitik des Vatikans. Navarro-Valls, der dem „Opus Dei“ angehört, ist zum Unterschied von seinem Vorgänger Pater Panciroli nicht mehr mit anderen Verwaltungsaufgaben belastet. Er kann sich daher voll den 230 beim Vatikan akkreditierten Journalisten aus aller Welt widmen.

In *Italien* hat die Abgeordnetenkammer am 20. März mit großer Mehrheit das neue Konkordat mit dem Vatikan gebilligt. Der 14 Punkte umfassende Vertrag hat nicht nur die katholische Religion als Staatsreligion abgeschafft und die Geldzuweisungen des Staates an die Kirche aufgehoben, sondern auch den Eltern das Recht gegeben zu entscheiden, ob ihre Kinder in staatlichen Schulen Religionsunterricht erhalten sollen oder nicht. Während anderswo so tiefgreifende Veränderungen wahrscheinlich zu einem Kulturkampf geführt hätten, kam es in Italien — abgesehen von einem leisen Murren der Bischöfe, über deren Köpfe hinweg die Verhandlungen geführt worden sind — kaum zu einem Widerstand.

Mit Recht hat Johannes Paul II. am 11. April beim Kongreß der italienischen Katholiken in Loreto den „Prozeß der Verweltlichung“ in der italienischen Gesellschaft beklagt. Entschieden appellierte das Kirchenoberhaupt an alle Italiener, „für das höchste nationale Wohlergehen eng zusammenzustehen“ und dann, wenn die „Christen aufgerufen sind, eine verantwortungsvolle Wahl zu treffen“, dies auch zu tun. Diese päpstliche Ermahnung einen Monat vor den italienischen Kommunalwahlen haben viele als eine Wahlempfehlung für die Christdemokraten empfunden. Die Schlagzeile der linksunabhängigen Zeitung „La Repubblica“ lautete: „Wojtyla bläst zur Attacke“, und die Tageszeitung der außerparlamentarischen Linken „Il Manifesto“ schrieb: „In Loreto eröffnete Wojtyla den Wahlkampf der DC“. Prompt schlug dann auch bei den Wahlen das Pendel zugunsten der Christdemokraten aus, die in Rom nach langen Jahren kommunistischer Vorherrschaft wieder die Partei der relativen Mehrheit wurden.

Das öffentliche Leben in *Österreich* stand in den vergangenen Dezemberwochen ganz im Zeichen einer schweren Auseinandersetzung um das geplante Donaukraftwerk bei Hainburg. In seiner traditionellen Fernsehbotschaft zum Jahreswechsel ging Kardinal

König auf den Konflikt ein und sagte wörtlich: „Man kann . . . einer jungen Generation den Respekt nicht versagen, wenn sie . . . beweisen will, daß sie fähig ist, über sich hinauszudenken in eine Zukunft, die wir Älteren — ihrer Meinung nach — heute zerstören“. Zu einer „kritischen Selbstbesinnung“ der Österreicher über die „persönlichen und gemeinsamen Versäumnisse“ vor und in der NS-Zeit rief derselbe Kardinal am 12. Mai bei einem feierlichen Dankgottesdienst im Wiener Stephansdom anlässlich des Jubiläums „40 Jahre Zweite Republik“ und „30 Jahre Staatsvertrag“ auf.

Im Jubiläumsjahr zu ihrem 200jährigen Bestehen organisierten die Diözesen Linz und St. Pölten hervorragende Ausstellungen. Das ehemalige Benediktinerstift Garsten beherbergt die oberösterreichische Landesausstellung über die Entwicklung der oberösterreichischen Kirche und des Bistums Linz. Den Besucher der Schau beeindruckt nicht nur der Grabstein der Christin Ursa aus Wels und der Reliquienschrein der Lorcher Märtyrer, sondern auch der Bischofsstab von Franz Joseph Rudigier. Der aus Vorarlberg stammende Rudigier wurde in der liberalen Ära zum großen Verteidiger der Linzer Kirche, wofür er manche Unannehmlichkeit in Kauf nehmen mußte. Dem Diözesanjubiläum von St. Pölten sind zwei Ausstellungen gewidmet, und zwar jene im Karmelitenhof in St. Pölten über „Staat und Kirche in Österreich von der Antike bis Joseph II.“ und die in der Minoritenkirche in Krems über „200 Jahre Diözese St. Pölten“. In dieser letzteren Schau besticht vor allem das sakrale Kunsthandwerk vom Klassizismus bis zur Moderne.

Im Februar gedachten die Katholiken der *Bundesrepublik Deutschland* auf vielfältige Weise des 100. Geburtstages Romano Guardinis. Dem aus Verona stammenden Kulturphilosophen und Mentor der Jugendbewegung blieb wie vielen das Mißtrauen offizieller kirchlicher Stellen über Jahrzehnte hinweg nicht erspart, obwohl ihn einzigartige Treue gegenüber der Kirche charakterisierte.

Der Nestor der katholischen Soziallehre, Professor Oswald von Nell-Breuning, vollendete am 8. März sein 95. Lebensjahr. Ohne die Instruktion der Glaubenskongregation zur Theologie der Befreiung vom vergangenen Herbst zu nennen, betonte der Soziologe von Weltrup in einem Artikel in den „Stimmen der Zeit“, daß, solange man Marx und Marxismus pauschal verwerfe, man auch das bestreite, worin diese recht hätten. Auf diese Weise setze man sich aber selbst ins Unrecht. Großes Aufsehen erregte vor allem in den deutschsprachigen Ländern ein Artikel des „Osservatore Romano“ vom 26. Februar, der mit ungewohnt harten Worten das vor zwei Jahren erschienene Buch von Karl Rahner und Heinrich Fries „Einigung der Kirchen — reale Möglichkeit“ angriff. Nach Meinung des an sich unbekannten Artikelschreibers, des Dominikanerpaters Daniel Ols, stehen die Verfasser des sicherlich etwas gewagten Buches ganz klar außerhalb der katholischen Rechtgläubigkeit. In einem Beitrag für den in Koblenz erscheinenden „Rheinischen Merkur“ warf anschließend Professor Fries Pater Ols vor, die Ökumene „auf den St.-Nimmerleins-Tag“ zu verlegen und „an ihr ernstlich gar nicht interessiert“ zu sein. Inzwischen gab Ols bekannt, daß er den Beitrag „auf Bitten der Hierarchie“ verfaßt habe.

Für die Einberufung eines neuen Konzils hat sich in *Frankreich* der Erzbischof von Paris, Kardinal Jean-Marie Lustiger, ausgesprochen. Befragt zu der im Herbst bevorstehenden außerordentlichen Bischofssynode vertrat Lustiger gegenüber der Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ die Ansicht, das II. Vatikanum sei, als es beendet wurde, bereits „überholt“ gewesen, da es nicht weit genug gegangen sei. Aus dieser Sicht müsse es in „konziliarem Geist“ zurückgelassen und möglicherweise ein Drittes Vatikanisches Konzil einberufen werden. Überrascht war man in Frankreich im Jänner über einen Brief des Präfekten der

Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, an den Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz, Bischof Jean Vilnet. Darin wird Kritik geübt an der schon überarbeiteten Fassung eines französischen Katechismus und die Bischofskonferenz aufgefordert, einen landesweit verbindlichen Katechismus zu verfassen.

Freude erregte im katholischen Lager die Nachricht von einer anglikanischen Gemeinde in Großbritannien, die gemeinsam mit ihrem Geistlichen zum katholischen Glauben übertreten will. Wie im März bekannt wurde, hat der Erzbischof von Birmingham, Maurice Couve de Murville, bereits ein offizielles Gesuch der Gemeinde um Umwandlung in eine Personalpfarre an den Vatikan gerichtet. Überhaupt wurde die Wiedervereinigung von Anglikanern und Katholiken in letzter Zeit besonders energisch betrieben. Aber die Lehre des Jurisdiktionsprimates und der Unfehlbarkeit des Papstes bietet nach wie vor das größte Hindernis, so daß die Wiedervereinigung der beiden Kirchen nicht in greifbarer Nähe liegt.

Trotz heftiger Proteste der *irischen Kirche* hat das Parlament jenes Staates im Februar mit 83 gegen 80 Stimmen ein Gesetz angenommen, das den freien Verkauf empfängnisverhütender Mittel an alle Personen über 18 Jahre erlaubt. Dazu schrieb wenig respektvoll die „Financial Times“, das Abstimmungsergebnis im irischen Parlament bedeute einen historischen Einschnitt im „vielleicht letzten Land, das der Vatikan hält“.

In den USA machte die vatikanische Warnung an Ordensleute, die eine von der kirchlichen Moral abweichende Abtreibungserklärung in der „New York Times“ unterschrieben haben, Schlagzeilen. Einige rebellierende Ordensfrauen gaben zu verstehen, daß sie ihren seit langem intern in Frage gestellten kanonischen Status aufzugeben gedenken.

Johannes Paul II. begann am 26. Jänner seine sechste Reise nach Lateinamerika, die ihn nach Venezuela, Ecuador, Peru und Trinidad-Tobago führte. Vor fast 1,5 Millionen Menschen in Caracas hat der Papst betont, daß Empfängnisverhütung, Abtreibung und Euthanasie mit dem christlichen Glauben unvereinbar sind. Mit besonderem Nachdruck erklärte er, daß nach der Kirchenlehre jede eheliche Vereinigung grundsätzlich die „Übermittlung des Lebens“ ermöglichen müsse. „Deshalb sind Empfängnisverhütung und Sterilisierung zum Zwecke der Empfängnisverhütung immer unerlaubt.“ Mit aller Entschiedenheit lehnte der Papst in Peru die Lösung der sozialen Konflikte „mit den Mitteln des Hasses und des Todes“ ab. In Ayacucho, wo die Bewegung „leuchtender Pfad“ sich zur Revolution freizuschießen versucht, rief Johannes Paul II.: „Ich bitte euch im Namen Gottes: Ändert euren Weg, noch ist es Zeit!“

Anfang Mai ist das unter vatikanischer Vermittlung ausgehandelte Grenzabkommen zwischen Argentinien und Chile über den Beagle-Kanak an der Südspitze des lateinamerikanischen Kontinents in Kraft getreten. Die Außenminister beider Länder tauschten im Vatikan im Beisein des Papstes die Ratifizierungsurkunden aus. Johannes Paul II. bezeichnete diesen Anschluß der langen Kontroverse und die vatikanische Vermittlung als beispielhaft für die Beilegung auch anderer Konflikte in Lateinamerika.

Im April hat der Papst das Rücktrittsgesuch des 76jährigen Erzbischofs von Olinda und Recife in Brasilien, Helder Camara, angenommen. Da die Option des mutigen Oberhirten für die Armen nicht nur eine Frage der Predigt, sondern vor allem der Praxis ist, verehren ihn die Millionen in den Favelas wie einen Heiligen.

Bereits am 20. März hat die Glaubenskongregation in einer Erklärung verschiedene theologische Äußerungen des brasilianischen Franziskanerpaters Leonardo Boff in seinem Buche „Kirche: Charisma und Macht“ als unvereinbar mit der kirchlichen Lehre bezeichnet. Dieses Urteil hat der Theologe sogleich angenommen, weil er, wie er sagte,

es vorziehe, mit der Kirche seinen Weg zu gehen, als allein mit seiner Theologie zu stehen. Als dann die Glaubenskongregation und die Kongregation für die Orden im Mai Boff ein Jahr Redeverbot auferlegten, löste dies in manchen Kreisen Bestürzung aus. In einer Stellungnahme der Missionszentrale der Franziskaner für den deutschsprachigen Raum hieß es, man stehe „ratlos vor diesem völlig unerwarteten Schritt der beiden Kongregationen“.

Eines der ersten wichtigen Ereignisse dieses Jahres in *Ägypten* stellte die Freilassung von Patriarch Schenudah III. dar. Am 7. Jänner konnten sechs Millionen ägyptische Kopten zum ersten Mal seit drei Jahren wieder ihre Weihnacht nach dem alten Julianischen Kalender zusammen mit ihrem Oberhirten begehen. Dieser war im Dezember 1981 von Sadat abgesetzt und in ein Wüstenkloster verbannt worden.

Im *Sudan* fand im April ein Aufstand gegen die Willkürherrschaft des seit 16 Jahren regierenden Numeiri statt. Es ist zu hoffen, daß die neuen Militärs mit General Dahab an der Spitze die fanatische Islamisierungspolitik des Südens, wo 40 Prozent der Gesamtbevölkerung dem Christentum und Naturreligionen angehören, überprüfen.

Aus den Dürregebieten Afrikas kommen immer noch Schreckensmeldungen über unvorstellbare Hungerkatastrophen. Es ist sicherlich eine der wichtigsten Pflichten der satten europäischen und nordamerikanischen Christen, noch mehr Soforthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe für Afrika zu leisten.

Johannes Paul II. richtete wiederholt Friedensappelle an die Verantwortlichen im *Libanon*, wo anscheinend jeder gegen jeden kämpft. Als die drusischen Milizen Ende April den Küstenstreifen zwischen Damour und Sidon südlich von Beirut besetzten, flüchteten Tausende von Christen in panischer Angst vor Massakern nach Südosten. Während der Westen den Mohammedanern Moscheen baut, werden in islamischen Ländern die Christen vertrieben oder zumindest als Bürger zweiter Klasse behandelt.

China stattete Mutter Teresa im Jänner einen zweitägigen Besuch ab. Die 74jährige Nonne folgte einer Einladung der unabhängigen „Patriotischen Kirche“, die sich 1957 von Rom getrennt hatte. Mutter Teresa hofft, daß ihre Schwestern nach China kommen können, um dort sich der Ärmsten der Armen anzunehmen.

Erfreuliche Nachrichten erreichen uns aus *Südkorea*. Dort sind in der Diözese Incheon im vergangenen Jahr 8574 Menschen zum katholischen Glauben übergetreten.

Bezüglich *Rußland* fragt man sich, was die Christen vom neuen Parteichef im Kreml zu erwarten haben. Bisher hat sich Michail Gorbatschow in ideologischen Fragen zurückgehalten. Am 27. Februar empfing Johannes Paul II. den sowjetischen Außenminister Gromyko zu einer zweistündigen Unterredung. Zu den behandelten Themen hieß es von vatikanischer Seite lediglich, man habe über „den Frieden in der Welt und die Lage der Katholiken in der UdSSR“ gesprochen. Der Vatikansprecher Navarro-Valls schilderte die Atmosphäre als „nicht herzlich, aber freundlich“. Journalisten, die unter Hinweis auf die anwesende Schweizer Garde Gromyko scherzhaft fragten, ob dies eine gefährliche Armee sei, antwortete der Außenminister: „Wir wissen, daß es die am wenigsten gefährliche Armee der Welt ist“.

In *Polen* machte der Popieluszko-Prozeß großes Aufsehen. Am 7. Februar verurteilte das Gericht in Thorn die beiden ranghöchsten Angeklagten Grzegorz Piotrowski und Adam Pietruszka wegen vorsätzlichen Mordes an dem oppositionellen Priester zu je 25 Jahren Gefängnis. Allein die Tatsache, daß offizielle Angehörige der Sicherheitspolizei auf der Anklagebank saßen, war einmalig. Ebenso einmalig war es, daß in Anwesenheit der gesamten Weltpresse die Machenschaften der polnischen Geheimpolizei enthüllt wurden.

Unter der Schirmherrschaft von Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff fanden in *Bulgarien* die Methodiusfeiern statt. Von der Nationalpresse wurde der Slawenapostel zum „Vorkämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus“ hochgejubelt. In der *Tschechoslowakei* hingegen sah sich der Prager Kardinal Tomasek gezwungen, gegen die staatlichen Maßnahmen bezüglich der Feiern zum 1100. Todestag des hl. Methodius beim Staatspräsidenten Husak zu protestieren.

Mit einem Sühne- und Versöhnungsgottesdienst hat die Berliner Bischofskonferenz in der *DDR* in der Ost-Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale an den 40. Jahrestag des Kriegsendes erinnert. In seiner Predigt sagte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Joachim Meisner, Rüstung zum Krieg sei Diebstahl, da sie den Armen das nötige Brot zum Leben nehme.

2. Der Vatikan und die Unbeschuhten Karmelitinnen

Der Karmelitengeneral Johann Soreth († 1471) gab 1452 einer klösterlichen Vereinigung von Frauen in Geldern die Regel und das Kleid seines Ordens. Noch im gleichen Jahr bestätigte Papst Nikolaus V. diese Gründung der Karmelitinnen oder des Zweiten Ordens U. L. Frau vom Berge Karmel und gewährte den Nonnen die Privilegien der Klarissen und der Dominikanerinnen. Der neue Orden verbreitete sich rasch. Neue Häuser entstanden vor allem dort, wo es bereits Karmeliten gab. Mit der Zeit ließ jedoch die Zucht nach und selbst die Klausur wurde nicht mehr eingehalten. In Anlehnung an die Tradition der karmelitischen Einsiedler und der Reform ihres Ratgebers Petrus von Alcántara gründete die hl. Theresia von Ávila 1563 das Kloster San José in Ávila und nach dessen Vorbild 17 andere Klöster für unbeschuhte Karmelitinnen. Von nun an unterschied man die unbeschuhten Karmelitinnen von den beschuhten bzw. reformierten von denen der mildereren Observanz. Die Reform der hl. Theresia drang bald nach Belgien, Frankreich, Polen und Österreich. Dem Orden der unbeschuhten Karmelitinnen gehören zahlreiche durch Heiligkeit hervorragende Frauen an, z. B. Theresia vom Kinde Jesu († 1897), deren „Geschichte einer Seele“ weltweite Beachtung gefunden hat.

Nachdem das II. Vatikanische Konzil die Ordensgemeinschaften zu einer zeitgemäßen Erneuerung aufgerufen hatte, erarbeitete das Generaldefinitorium der Unbeschuhten Karmeliten für den Zweiten Orden U. L. Frau vom Berge Karmel eine neue Verfassung, die Papst Paul VI. 1977 für fünf Jahre ad experimentum bestätigte. Obschon das Experiment positiv ausfiel, forderten ca. 120 der 800 Klöster die Aufrechterhaltung der Ordensregeln von 1581 und wandten sich mit Unterstützung des Opus Dei an den Papst. Daß sich Johannes Paul II. auch direkt um die Ordensdisziplin kümmert, hat er schon 1981 bewiesen, als es um die Wahl eines neuen Ordensgenerals der Jesuiten ging.

Mit Schreiben vom 15. Oktober 1984 teilte Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli dem Ordensgeneral der Unbeschuhten Karmeliten mit, daß die Kongregation für die Ordensleute vom Papst den ausdrücklichen Auftrag erhalten habe, die endgültigen Statuten für den weiblichen Zweig zu verfassen. Dieser Brief, der im Ton hart und in einigen historischen Aussagen fragwürdig ist, hat nun bei der Familie des Karmel Bestürzung ausgelöst. Der Ordensgeneral meinte in einem Schreiben an die Ordensfrauen: „Für die große Mehrheit des Ordens, Schwestern und Brüder, kommen diese Anordnungen des Papstes ohne Zweifel überraschend und unerwartet. Ich kann mir denken, daß für viele von Euch der Schmerz groß und die Versuchungen schwer sind.“

3. Die Papstreise in die Beneluxländer

Nicht ohne Sorge bestieg Papst Johannes Paul II. am 11. Mai das Flugzeug, das ihn in die Niederlande brachte. Die holländische Polizei hatte zahlreiche Hinweise auf Attentatspläne bekommen. In Amsterdam wurden sogar Plakate aufgehängt, die demjenigen eine hohe Belohnung versprachen, der den Papst erschießen würde. Holland, ein kleines aber hochentwickeltes Land, war noch vor 20 Jahren ein Bollwerk des Papsttums. Dann aber begann eine unterscheidungslose Öffnung zur Welt hin, die Rom nicht mehr akzeptieren konnte. So ernannte der Vatikan nur noch solche Bischöfe, die einen konservativen Kurs steuerten und nicht auf den Wunschlisten der einheimischen Gremien standen. Damit erreichte aber Rom, daß viele Gemeinden nur noch zäher an ihren vermeintlichen Idealen festhielten. Aufregung gab es in der holländischen Kirche, als Anfang dieses Jahres die Ernennung des neuen Oberhirten von Den Bosch, des 62 Jahre alten Salesianers Jan ter Schure, bekannt wurde, der nicht der geistigen Richtung vieler Priester des Bistums entsprach.

Gleichgültig bis ablehnend reagierten nun viele Holländer auf den Papstbesuch. Vor dem Messezentrum von Utrecht standen nur wenige hundert Menschen, als Johannes Paul II. am 12. Mai dort eintraf. In einer Diskussion mit Laien am 12. Mai in Utrecht wurde Johannes Paul II. zum ersten Mal auch mit massiver Kritik an der Haltung der Kirche gegenüber Frauen, unverheiratet Zusammenlebenden, Homosexuellen und verheirateten Priestern konfrontiert. Die Vorsitzende einer Frauenorganisation des Bistums Groningen wich am Schluß des Diskussionsbeitrages vom genehmigten Text ab und stellte die Frage: „Gehen wir auf glaubwürdige Weise mit der befreienden Botschaft des Evangeliums um, wenn mit einem ausgestreckten Zeigefinger gepredigt wird statt mit ausgestreckter Hand?“ Am Rande der Veranstaltung kam es in jenen Stunden in Utrecht zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Papstgegnern.

Am 13. Mai fand die Begegnung zwischen dem Papst und dem niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers in Den Haag statt. Lubbers wies in seiner Ansprache auf die „nicht nur geographische Distanz zwischen den Niederlanden und Rom“ hin. Der Christdemokrat meinte, zwischen dem Vatikan und der niederländischen Bevölkerung müsse erst Vertrauen hergestellt werden. Rom scheine doch sehr weit weg zu sein, und das Wort Rom rufe bei vielen hierzulande „eine reservierte Haltung, manchmal sogar Mißtrauen wach.“

Als Johannes Paul II. am 14. Mai in Luxemburg eintraf, wurde er von der Bevölkerung des Großherzogtums im Gegensatz zu den Niederlanden herzlich empfangen. Die Tageszeitung „Luxemburger Wort“ würdigte den Papstbesuch als ein „Jahrhundertereignis“.

Obschon die Aufnahme des Papstes auch in Belgien sehr freundlich war, gab es auch dort Kritik. So sagte Frau Anne-Marie Gilson, die Verantwortliche der katholischen Aktion der Landfrauen Belgiens zu Johannes Paul II.: „Der Prunk, der Ihre Reisen umgibt, gefällt mir nicht“.

Diese Pilgerreise des Papstes in die Beneluxstaaten war sehr schwierig. Nichtsdestoweniger ist sich Johannes Paul II. selbst treu geblieben und hat sich, „gelegen oder ungelegen“, für die Wiederherstellung der „großen Disziplin“ in der Kirche eingesetzt.